



Unternehmensrecht

Frauenförderung in Unternehmen: Finnland macht's vor

03.10.2014

Auf einen Blick

Mit Nachdruck setze ich mich für die Förderung von kompetenten Frauen in den Führungsetagen von Schweizer Unternehmen ein. Der jetzige Anteil ist klar zu tief. In der Schweiz wird aber einmal mehr die Lösung mit dem Holzhammer diskutiert: Alle grossen Unternehmen sollen gesetzlich verpflichtet werden, mindestens 30 Prozent ihrer Verwaltungsratsmandate mit Frauen zu besetzen.

Dieser starke Eingriff in die Freiheit der Unternehmen ist verfehlt. Starre Quoten sind schlecht, für die Sache der Frau und für die Unternehmen. Das zeigt Norwegen mit einer gesetzlich vorgeschriebenen Frauenquote von 40 Prozent. Anstatt die Vertretung von Frauen im Topmanagement zu erhöhen, wurde aber das Gegenteil erreicht: Heute teilen sich auf Stufe Verwaltungsrat wenige

Frauen die Mandate im Land untereinander auf und den Unternehmen geht es gesamthaft schlechter. Ziel klar verfehlt. Zwänge sind keine Förderung. Das haben wir Frauen nicht nötig. Soll die Schweiz nun gerade dieses Modell kopieren?

Ein weiterer Blick in den Norden: Finnland hat eine der höchsten Frauenquoten in Europa, ohne dass der Staat starre Regeln vorgeschlagen hätte. Das Land hat erkannt, dass der Frauenanteil auf der Führungsetage nur über Selbstregulierung langfristig gesteigert werden kann, denn Frauenförderung ist vielschichtig. Sie bedeutet, dass sich Frauen in den Unternehmen entwickeln können, dass Einstellung und Beförderung die guten Qualifikationen von Frauen berücksichtigen und dass insbesondere auch familiengerechte Arbeitsbedingungen gefördert werden.

Dies ist auch die Stossrichtung des neuen «Swiss Code»: Er gibt ein klares Bekenntnis zu Frauen in Führungspositionen ab, schreibt jedoch keine starre Quote vor. Die Wirtschaft muss die geeigneten Voraussetzungen für Frauen schaffen. Sie kann es sich gar nicht leisten, auf das Potenzial von hoch qualifizierten Frauen zu verzichten. Eine nachhaltige Förderung geschieht jedoch aus den Unternehmen heraus, und nicht durch ein staatliches Diktat.